

AKTUELL

BAUEN AUF ALTLASTEN

Behörden ohne Kompetenz

Richard Graf

Im Falle der Casa-Deponie in Beggen lassen Umweltverwaltung und kommunale Dienste zukünftige Eigenheimbesitzer*innen in Unkenntnis.

Bis in die 1980er-Jahre hinein produzierte die Continental Alloys S.A. (Casa) auf dem Gelände des ehemaligen Arbed-Werkes „veredelte“ Stahle. In dem Produktionsprozess entstanden mit Schwermetallen und radioaktivem Material verseuchte Abfälle. Dass eine solch gefährliche Produktionsstätte überhaupt so lange mitten in einem Wohngebiet operieren durfte, war aber nur der Anfang einer Skandalstory, die schon den woxx-Vorgänger „GréngeSpoun“ vielfach beschäftigte. Der „Casa-Schock“ entwickelte sich zu einer unendlichen Geschichte. Erst auf Drängen der betroffenen Bürger*innen wurde das Problem zunächst einmal eingezäunt und ab 1991 zur nicht minder skandalträchtigen Deponie „Monkeler“ nach Monnerich „verlagert“.

Doch dabei wurden längst nicht alle Altlasten entfernt. Alle paar Jahre ließen parlamentarische Anfragen erkennen, dass der frühere Abfallhort immer noch stark vergiftet ist. Doch eine kämpferische Bürger*inneninitiative wie in den 1980er-Jahren gibt es heute nicht mehr. Dass die Gegend um das ehemalige Stahlwerk verseucht ist, hat sich im Bewusstsein der nachfolgenden Generationen kaum erhalten.

Kürzlich erhielt die Casa-Deponie neue Aufmerksamkeit, weil eine darunter befindliche Villa und ein älteres Haus zum Abriss freigegeben wurden, was nur möglich ist, wenn eine Baugenehmigung für ein neues Haus vorliegt. Einige, eigentlich am Erhalt alter Bausubstanz interessierte Denkmalschützer*innen waren hellhörig geworden und wunderten sich, wieso an dem umstrittenen Standort Wohnhäuser errichtet werden dürfen.

Beggen an der Mosel

Die Anzeige des Promoteurs der neuen Wohnanlage war schnell gefunden, obwohl die schicke Residenz „Livia“ auf dessen Homepage an einen Hang unmittelbar an der Mosel verpflanzt wurde - ob ein marketingträchtiger Trick oder ein layouttechnischer Fehler, sei dahingestellt. Wie bei solchen Vorhaben üblich, wird das Projekt beworben, bis sich genügend

Käufer*innen gefunden haben, um mit der Umsetzung beginnen zu können. Bei Redaktionsschluss waren tatsächlich nur noch zwei von insgesamt 18 Appartements zu vergeben.

Die Interessent*innen kaufen nach einem „cahier des charges“, der die Ausstattung der Wohnungen beschreibt. Über das Umfeld der zukünftigen Wohnung erfahren sie allerdings nichts. Ein Blick auf den städtischen Bebauungsplan reicht dafür - leider - nicht. Dort ist die betroffene Baustelle als bebaut und damit bewohnbar eingestuft. Wer die Vorgeschichte der Casa nicht kennt und keine detektivischen Methoden zur Erkundung der unmittelbaren Umgegend anwendet, erfährt jedenfalls nicht, auf welchen Altlasten das zukünftige Heim eigentlich entsteht.

Dass die auf dem Gelände der ehemaligen Casa-Deponie gemessenen Schadstoffwerte weiterhin bedenklich sind, wurde zwar in der Folge der Schließung immer wieder behördlich festgestellt - zuletzt wohl vor etwa fünf Jahren.

Eine private Probenentnahme Ende Oktober 2020, die Anfang November von einem deutschen Umweltlaboratorium ausgewertet wurde, ergab immer noch höchst bedenkliche Werte. Zum Beispiel für Molybdän: 360 mg pro kg wurden gemessen, während der einzuhaltende Grenzwert für uneingeschränkt bewohnbare Grundstücke in Rheinland-Pfalz bei 20 mg pro kg liegt, wie Christian Küppers vom Oeko-Institut Darmstadt der woxx gegenüber bestätigte.

Leider scheint es aber so zu sein, dass weder der Zustand der Deponie noch die sich daraus ergebenden Gefahren behördlicherseits eine besondere Beachtung wert sind. In einer Antwort auf eine Anfrage des linken Gemeinderats Guy Foetz, sprach Bürgermeisterin Lydie Polfer der Stadt gar jegliche Kompetenz in dem beschriebenen Fall ab und verwies auf die Pflicht des Promoteurs, Messungen vorzunehmen und gegebenenfalls mit der nationalen Umweltverwaltung in Kontakt zu treten.

Erstaunlicherweise gab Lydie Polfer zudem an, keine Kenntnis von einem von Luxcontrol im Jahre 2013 erstellten Bericht zu haben. Luxcontrol schlug damals vor, um Probleme zu vermeiden nicht tiefer als 2,5 Meter ins Erdreich zu bauen - für die Residenz „Livia“ ist eine doppelstöckige Tiefgarage geplant.

SHORT NEWS

„Nein“ zu Gewalt gegen Frauen

(tj) - Laut Weltgesundheitsorganisation wird weltweit rund ein Drittel aller Frauen im Laufe ihres Lebens Opfer körperlicher, ökonomischer, sexueller und/oder psychischer Gewalt. Dies etwa in Form häuslicher Gewalt, Vergewaltigungen, Genitalmutilationen, Menschenhandel oder Zwangsheirat. Um für diesen Missstand zu sensibilisieren, haben die Vereinten Nationen 2008 die jährlich vom 25. November bis zum 10. Dezember stattfindende „Orange Week“ ausgerufen. In diesem Jahr sind Opfer häuslicher Gewalt aufgrund von Ausgangsbeschränkungen in einer besonders schwierigen Lage - auch in Luxemburg. Wie das Ministerium für Gleichstellung von Frauen und Männern mitteilt, wird die Entwicklung der Fälle von Gewalt gegen Frauen zurzeit täglich analysiert. Mit Notfallstrukturen, die die zurzeit bestehenden entlasten sollen, einem steten Ausbau der Informationsseite violence.lu sowie der Helpline 2060 1060 wird versucht, Opfer verstärkt zu unterstützen. Der nationale Frauenrat hat zudem zu einer Solidaritätsaktion in den sozialen Netzwerken aufgerufen. Weitere Informationen auf www.cnfl.lu. Auch auf kommunaler Ebene finden vom 25. November bis 10. Dezember Aktionen statt. So startete etwa die Chancengleichheitsstelle in Düdelingen diese Woche ihre Kampagne „Neen zur Gewalt géint Fraen a Meedercher“. Teil davon sind ein Banner vor dem Rathaus, eine Informationsbroschüre sowie Facebookposts.

Coopération en danger : au Royaume-Uni aussi

(lm) - Ce n'est pas qu'au Luxembourg que le gouvernement, dans le contexte de la crise Covid-19, procède à une baisse de l'aide au développement. Réagissant à l'annonce d'un budget réduit de plusieurs milliards de livres en 2021, un groupe d'ONG de développement et environnementales vient d'adresser une lettre à l'exécutif britannique (« Guardian » du 24 novembre). Il y est rappelé que « les pays pauvres sont en première ligne d'une crise climatique qu'ils n'ont pas causée » et qu'un désengagement du Royaume-Uni met en danger les engagements pris à Paris en 2015. Les signataires demandent au contraire que leur pays profite de la présidence du G7 et de la COP26 en 2021 « pour impulser une réponse économique internationale au service d'une reprise durable, inclusive et résiliente ». Notons que les réductions envisagées outre-Manche sont plus drastiques qu'au Luxembourg, puisqu'elles vont au-delà de la baisse « mécanique » induite par la baisse du revenu national brut. Ce qui est par contre semblable est la nonchalance avec laquelle Luxembourg comme Londres augmentent en même temps considérablement leurs budgets militaires. Ainsi, des centaines de millions d'euros seront dépensés pour des avions de ravitaillement et un satellite, tandis que des milliards de livres seront mis à disposition pour la modernisation des drones et la dissuasion nucléaire.

online

Künstliche Intelligenz, Satelliten und Tax Justice

Vous aimez froisser le papier du woxx, mais une fois la lecture achevée vous avez envie de plus ? Alors rendez-vous sur www.woxx.lu et découvrez nos articles exclusifs en ligne !

Regierung fragt um Meinungen zu künstlicher Intelligenz Mithilfe einer Umfrage und einer Konsultation wollen Liser, Digitalisierungsministerium und der Service des médias et des communications herausfinden, wie die luxemburgische Bevölkerung zur künstlichen Intelligenz steht. Das soll helfen, die Politik zum Thema auszuarbeiten. woxx.eu/ki

LUXEOSys für Frieden, Wohlstand und Wahrheit (1) Wenn sich ein grüner Minister für einen Militärsatelliten einsetzt, kann es doch nicht um Krieg und sinnloses Geldverpulvern gehen? Doch. woxx.eu/luxesosys

État des lieux de la justice fiscale : le grand-duché qui valait 27,6 milliards Comme chaque année, le Tax Justice Network (TJN) publie son rapport annuel. Le cru 2020 a su exploiter de nouvelles données plus précises de l'OCDE, ce qui ne change rien à l'évaluation pas très clémente du grand-duché. woxx.eu/taxjustice2020